



Der Vorsitzende des
Ausschusses für Schule, Kultur und
Städtepartnerschaften
der Stadtverordnetenversammlung
Amt der Stadtverordnetenversammlung
E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
Rathaus-Schlossplatz 6-65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-3397
Telefax (0611) 31-3902
Sachbearbeiterin: Elke Kessel

Wiesbaden, 10.03.2022

1. Den Mitgliedern des
Ausschusses für Schule, Kultur und Städtepartnerschaften
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich
Herrn Stadtverordnetenvorsteher

HINWEIS:

Es wird dringend empfohlen, während der Sitzung eine FFP-2-Maske zu tragen.
Es wird dringend empfohlen, dass jede/r Teilnehmer/in am Sitzungstag einen
Corona-Test (auch Selbsttest) durchgeführt hat.

Einladung

zur öffentlichen Sitzung
des Ausschusses für Schule, Kultur und Städtepartnerschaften
am Donnerstag, 17. März 2022, um 17:00 Uhr,
Rathaus, Raum 318 (3. Stock), Schlossplatz 6, Wiesbaden

Tagesordnung I

1. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung am 02.12.2021

Bereich Schule

2. 22-F-65-0002

Wegzug der EBS

-Antrag der Fraktionen CDU, FDP, BLW/ULW/BIG, Freie Wähler/Pro Auto vom 19. Januar 2022-

Die EBS Universität für Wirtschaft und Recht ist eine private, staatlich anerkannte Universität mit Standorten sowohl in Wiesbaden als auch in Oestrich-Winkel, die der Landeshauptstadt Renommee und Standortattraktivität sowie vielen jungen High Potentials einen Grund gegeben hat, nach Wiesbaden zu ziehen. Nun ist vorgesehen,

dass die EBS wohl zum 1.1.2025 aus Wiesbaden wegziehen wird, was auf Grundlage der vorab skizzierten positiven Effekte auf die Stadt zu bedauern ist.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

was seitens der Stadt getan worden ist, um die EBS in Wiesbaden zu halten. Insb. wie hier die Gespräche verlaufen sind, was der aktuelle Stand ist, und ob es keine Möglichkeiten gab, die Universität zu überzeugen, einen Campus in der hessischen Landeshauptstadt zu behalten.

3. 22-F-69-0008

Sachstandsbericht schwimmendes Bootshaus im Schiersteiner Hafen

-Antrag der Fraktionen CDU, FDP und BLW/ULW/BIG vom 19. Januar 2022-

In den Sitzungen des Ausschuss Ehrenamt, Bürgerbeteiligung und Sport am 4. November 2021 und 2. Dezember 2021 wurde den Ausschussmitgliedern u.a. durch den anwesenden Oberbürgermeister zugesagt, dass der Ausschuss schriftlich über den Zustand und das weitere Vorgehen hinsichtlich des Sachstands des schwimmenden Bootshauses im Schiersteiner Hafen informiert werde. Dies ist bisher noch nicht geschehen, obwohl die Ereignisse und die Sperrung im letzten Monat ein zeitnahes Handeln fordern. Ebenso gab es zwischenzeitlich Gespräche zwischen der Landeshauptstadt Wiesbaden, der SEG und der WiBau.

Fraglich ist auch weiterhin, wie der aktuelle Sachstand der Realisierung des neuen schwimmenden Bootshauses ist und welche Auswirkungen das auf den Schulsport haben wird.

Der Ausschuss für Schule, Kultur und Städtepartnerschaften möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, bis zur nächsten Ausschusssitzung schriftlich zu berichten,

1. wie der aktuelle Sachstand hinsichtlich des gesperrten schwimmenden Bootshauses in Schierstein ist und welche Auswirkungen das auf den Schulsport, die Anzahl der betroffenen Schülerinnen und Schüler sowie der Schulstunden haben wird?
2. welche Alternativen für die durch die erfolgte Sperrung betroffenen Schülerinnen und Schüler seitens der Stadt geschaffen werden?
3. wer die weitere Planung des neuen schwimmenden Bootshauses übernimmt und wann mit der Fertigstellung und Freigabe des Neubaus gerechnet werden kann?
4. was in dem Gespräch zwischen der Landeshauptstadt Wiesbaden, der SEG und der WiBau vereinbart wurde und zu welchem Ergebnis die Beteiligten gekommen sind?

4. 22-F-69-0011

Schulformwechsel - die weiterführende Schule

-Antrag der Fraktionen CDU, FDP und BLW/ULW/BIG vom 09.03.2022-

Nach der Grundschulzeit wechseln die Grundschüler auf die weiterführende Schule. Grundsätzlich treffen dabei die Eltern, mit Unterstützung der Lehrkräfte, die Entscheidung, welche Schulform für die Kinder in Frage kommt und in welchem Gebiet die Kinder zur Schule gehen sollen. Im Gegensatz zur, durch das Einzugsgebiet festgelegten Grundschule, ist die Wahl der weiterführenden Schule frei.

Der Ausschuss für Schule, Kultur und Städtepartnerschaften möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu prüfen,

1. wie viele Grundschulkinder nach der vierten Klasse eine weiterführende Schule in Wiesbaden besuchen?
2. wie viele Kinder aus welchen anderen Kommunen in Wiesbaden eine weiterführende Schule besuchen?
3. wie viele Kinder aus
 - a. Wiesbaden eine weiterführende Schule in welchen anderen Kommunen besuchen?
 - b. AKK in Mainz und dem Main-Taunus-Kreis auf eine weiterführende Schule gehen?

5. 22-F-69-0012

Umsetzung UBUS in Wiesbaden voranbringen

-Antrag der Fraktionen CDU, FDP und BLW/ULW/BIG vom 09.03. 2022-

An hessischen Schulen sind seit 2018 sozialpädagogische Fachkräfte im Rahmen der „Unterrichtsbegleitenden Unterstützung durch sozialpädagogische Fachkräfte (UBUS)“ tätig. Die Schülerinnen und Schüler werden von den UBUS-Fachkräften nicht nur in ihrer allgemeinen und schulischen Entwicklung unterstützt, sondern auch in ihrer sozialen Kompetenz gestärkt und damit individuell gefördert. Die UBUS-Fachkräfte unterstützen aber auch die Lehrkräfte und sind bei der Koordination zwischen der Schule und außerschulischen Einrichtungen behilflich.

Der Ausschuss für Schule, Kultur und Städtepartnerschaften möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu prüfen,

1. an welchen Schulen in der Landeshauptstadt Wiesbaden UBUS-Fachkräfte eingestellt wurden?
2. wie sich deren Arbeit im Verhältnis und in der gemeinsamen Aufgabenbewältigung mit den Schulsozialarbeitern auswirkt?
3. welche messbaren Erfolge bereits erzielt werden konnten?

6. Sachstandbericht Schulbaumaßnahmen

7. •Digitales Lernkonzept Elisabeth-Selbert-Schule•
Sach- und Dienstleistungen: 2 Mio. VE 2023 für die digitale Ausstattung der Projektschule

Antrag aus den Haushaltsberatungen; Überweisung in den Ausschuss für Schule, Kultur und Städtepartnerschaften

Bereich Kultur

8. 22-F-15-0001

Fachkommission zur Straßenbenennung!

-Antrag der Fraktion FREIE WÄHLER /Pro Auto vom 18.01.2022-

Anfang 2020 hat die Stadtverordnetenversammlung per Beschluss eine „Historische Fachkommission“ zur Überprüfung von Straßennamen eingesetzt. Ziel ist, durch Fachleute untersuchen zu lassen, wer in Wiesbaden Namensträger einer Straße sein kann und wem diese Ehrung möglicherweise aberkannt werden soll.

Diese Kommission hat sich schon vor Monaten unter der Leitung von Prof. C. Cornelißen konstituiert und mit der Arbeit begonnen. So sollen laut Presseberichten Kriterien für mögliche Empfehlungen für Umbenennungen erarbeitet worden sein.

In vergleichbaren Fällen in anderen Städten ist diese an für sich gute Idee in Misskredit geraten. Beispiele aus Berlin und München bestätigen dies. Um zu verhindern, dass auch in Wiesbaden die Arbeit dieser Kommission in Zeiten von „Cancel Culture“ scheitert, sollte sich der Ausschuss über den Prozess informieren, ohne allerdings in die Arbeit der Fachkommission einzugreifen.

Der Ausschuss möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, bis zur Sommerpause

1. über die Arbeit und die fachliche Vorgehensweise der Historischen Fachkommission zu berichten,
2. darzulegen, welche Persönlichkeiten aus welchen Zeiten als Namensgeber grundsätzlich zur Disposition stehen,
3. wie die erarbeiteten Kriterien für mögliche Umbenennungen bestehender Straßennamen im Einzelnen aussehen,
4. wie gewährleistet wird, dass bei der Entscheidungsfindung die verschiedenen Kriterien für eine Persönlichkeit ausgewogen sind,
5. ob daran gedacht ist, die Ergebnisse der Arbeit der Kommission in der Öffentlichkeit zu präsentieren und
6. darzulegen, in welchem Zeitraum die Arbeit der Kommission beendet sein soll.

9. 22-A-57-0001

Belebung der Innenstadt

-Beschlussempfehlung des Kulturbeirats vom 08.03.2022 (Beschluss 007/2022)-

Nach übereinstimmenden Auffassungen von Expertinnen und Experten rund um Stadtplanung, Architektur, Stadtentwicklung müssen für eine gelingende Veränderung der Innenstädte in Lebensräume, die Planungen in den Bereichen Wohnen, Handel, Gastronomie und Kultur miteinander verwoben werden. Die Belebung von Plätzen darf sich nicht auf einzelne, auch länger andauernde Events reduzieren, die Stadt soll selbst zum Kultur- und Begegnungsraum werden.

In den aktuell laufenden Entwicklungsaktivitäten der Stadt wird die Kultur als wichtiges Element der Innenstadt der Zukunft nicht ausreichend mitgedacht. Dies ist auch kürzlich an der nahezu

vollverplanten Fläche auf dem Mauritiusplatz sichtbar geworden. An dieser zentralen Innenstadtstelle gibt es mit der Einrichtung des Sommermarkts kaum noch Platz für künstlerische und interessante kulturelle Aktivitäten.

Frühzeitige Beteiligung der Kulturschaffenden eröffnet grundsätzlich einen Mehrwert für die Nutzungsmöglichkeiten der Flächen in der Stadt als Kultur- und Begegnungsraum und Herz unseres städtischen Zusammenlebens.

Der Kulturbeirat empfiehlt dem Ausschuss Schule, Kultur und Städtepartnerschaften, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird gebeten, bei zukünftigen Planungen für Veranstaltungen in der Wiesbadener Innenstadt sowie bei Untersuchungen, Arbeitsgruppen, Konzeptentwicklungen und ähnlichen Programmen zur Entwicklung der Innenstadt eine angemessene Vertretung der Kulturträger und Beratung mit Vertreterinnen und Vertretern der Kulturschaffenden herbeizuführen und sicherzustellen. Der Kulturbeirat kann hierfür Vorschläge erarbeiten.

Bereich Städtepartnerschaften

10. Verschiedenes (alle Bereiche)

Tagesordnung II

- | | | |
|----|--|--------------------|
| 1. | 21-V-40-0035 | DL 06/22-6 |
| | Schulkommission - Wahl der sachkundigen Einwohnerinnen und Einwohner | |
| 2. | 21-V-40-0031 | DL 06/22-5 |
| | Ausführungsvorlage Werner-von-Siemens-Schule Abriss und Neubau einer 1-Feld Sporthalle | |
| 3. | 22-V-20-0007 | DL 06/22-12 |
| | Investitionscontrolling 2021 zum Stichtag 3. Januar 2022 | |
| 4. | 22-V-04-0002 | DL 03/22-7 |
| | Bericht zum Projekt Walkmühle | |

5. 21-A-57-0004

ANLAGE

Bericht des Magistrats (Dezernat IV) vom 16.02.2022 zur Beschlussempfehlung des Kulturbeirats Nr. 004/2021 vom 26.10.2021 "Erhaltungssatzung"

6. 22-V-51-0001

DL 07/22-1

Zukunft städtisches Bildungsmanagement nach Ende des Vorhabens Bildung integriert

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Nikolas Jacobs
Vorsitzender